

Ideen zum Vergessen

Die Wirtschaftswissenschaften sind nach der Finanzkrise selber in die Krise geraten und haben sich noch kaum erholt. Glücklicherweise gibt es auch Lichtblicke.

Von Daniel Lampart



Vergesst den Kapitalismus!»: Das fordert der erste Artikel im neu erschienenen Wirtschaftsbuch der Ökonomen Bruno S. Frey und David Iselin mit dem englischen Titel «Economic Ideas You Should Forget». Im Buch schlagen rund siebzig mehrheitlich bürgerliche Ökonomeninnen und Ökonomen vor, wirtschaftliche Konzepte wie die Managerboni, die «rationalen Erwartungen» oder die Idee, dass Wohneigentum ökonomisch positiv sei, über Bord zu werfen.

Vor rund zehn Jahren, nach Ausbruch der Finanzkrise, hätte sich der Kapitalismus fast selber abgeschafft. Nur dank einer expansiven Geld- und Finanzpolitik konnte ein wirtschaftliches Lichterlöschen verhindert werden. Bei einem Besuch der renommierten London School of Economics im Jahr 2008 fragte die britische Königin Elizabeth II die anwesenden Ökonomen: «Why did no one see it coming?» Die verlegenen Ökonomen brauchten sechs Monate für die Antwort. Sie hätten «kollektiv versagt». Ihre Modelle und Theorien waren nicht in der Lage, eine Jahrhundertkrise vorauszusagen. Teile der Wirtschaftswissenschaften gerieten in eine Krise. Manche Ökonomeninnen und Ökonomen verkündeten, dass sie ihre Modelle nun grundsätzlich überarbeiten würden.

Blasen und Krisen

Geschehen ist noch wenig. Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise arbeitet die Europäische Zentralbank (EZB) nach wie vor mit einem mittelalterlich anmutenden Wirtschaftsmodell zur Konjunkturprognose: Diese Wirtschaft besteht aus Privathaushalten, die in der eigenen Firma für sich selber drei Produkte herstellen. In dieser extrem vereinfachten Modellwirtschaft gibt es keine Krisen. Ausser es handelt sich um Schocks oder Katastrophen, die von aussen – aus heiterem Himmel – kommen.

Im Buch von Frey und Iselin werden solche Modelle kritisiert. Der Risikoforscher Peter Cauwels zeigt, dass Blasen und Krisen auf den heutigen Finanzmärkten nicht nur systembedingt sind, sondern dass die Verwendung der «Volatilität» als Risikomass in Banken und Pensionskassen solche Entwicklungen sogar verstärken kann. Einer der Doyens der modernen Ökonometrie, David F. Hendry, betont, dass wir die Wirtschaft als eine Folge von Ungleichgewichten verstehen müssen, an die sich die

wirtschaftlichen Akteure anzupassen versuchen. Diese Beiträge sind positiv und sehr lesenswert. Gleichzeitig spiegelt der Negativansatz des Buches – «Ideen, die man vergessen sollte» – ein Malaise. In der Ökonomie hat sich auch zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise noch keine neue, bessere Theorie etabliert.

Orientiert man sich am vorliegenden Buch, so haben die Ökonomen vor allem bei der Analyse des Staates Fortschritte gemacht. Der frühere Radikal-Liberalisierer Jeffrey Sachs hebt die nordischen Staaten hervor, weil bei



Erfrischende Kritik der Bonuslohnsysteme.

ihnen im Gegensatz zu den USA Effizienz und sozialer Ausgleich Hand in Hand gehen. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass ein funktionierender, leistungsfähiger Staat in der Regel mit einem höheren Wohlstand einhergeht. Menschen, denen es bessergeht, leben in Ländern mit einer höheren Staatsquote. Arme Länder haben hingegen oft tiefe Steuern und ein unterentwickeltes Staatswesen. Wichtig ist aber, dass die demokratische Öffentlichkeit die staatlichen Aktivitäten kritisch überwacht und, wo nötig, anpasst (Beitrag von Tim Besley). Der leider viel zu früh verstorbene, offene Denker Gebhard Kirchgässner schliesslich demontiert die abstruse Vorstellung, dass staatliche Sparmassnahmen zu einem Aufschwung führen

können. Im Gegenteil, vor allem ärmere Haushalte seien die Leidtragenden.

Ökonomisch definitiv von gestern ist hingegen der Beitrag des neuen Chefs des deutschen Ifo-Institutes, Clemens Fuest. Er lobt die neoliberale Politik von Margaret Thatcher als Treiber eines wirtschaftlichen Aufschwungs. Dabei hat gerade diese Politik den Grundstein für die Finanzkrise und die heutigen Probleme in Grossbritannien gelegt. Fuest begibt sich damit auf die Abwege seines Vorgängers Hans-Werner Sinn. Bereits unter Sinn fiel das Ifo-Institut als Sprachrohr von politisch motivierten, konservativen Ideen und Ratschlägen auf. Unter Fuest droht das Ifo-Institut auch künftig ungenügende Noten zu erhalten. Denn bereits vor rund zehn Jahren äusserten externe Prüfer des Instituts Zweifel, «ob alle politischen Ratschläge des Ifo-Instituts auf ausreichend rigoroser, empirischer Forschung basieren».

Erfrischend ist die Kritik der Bonuslohnsysteme von Margit Osterloh und Katja Rost. Solche Anreizsysteme schaden in einer komplexen, arbeitsteiligen Wirtschaft mehr, als dass sie nützen. Fixlöhne zusammen mit qualifizierten Rückmeldungen an die Angestellten seien zielführender.

Recht hat auch der Chef der Konjunkturforschungsstelle (KOF) an der ETH Zürich, Jan-Egbert Sturm, mit seiner Beobachtung, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) auf politischen Druck reagiert, unter anderem bei der Aufgabe des Mindestkurses im Januar 2015. In seiner Darstellung der Ereignisse in den Monaten davor vergisst er leider wichtige ökonomische Zusammenhänge. Die SNB musste damals Euros kaufen, weil sie im Gegensatz zur EZB noch keine Negativzinsen eingeführt hatte.

Eine der Stärken von Ökonomeninnen und Ökonomen ist, dass sie sich kurz und klar ausdrücken können. Die meisten Beiträge sind kürzer als zwei Seiten. Davon profitiert das Buch ungemein. Leider ist es nur auf Englisch erhältlich. Sonst müsste man es manchen Politikerinnen und Politikern, aber auch Medienschaffenden – namentlich auch der *Weltwoche* – als Pflichtlektüre empfehlen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Bruno S. Frey und David Iselin: Economic Ideas You Should Forget. Springer. 166 S., Fr. 33.–